



Jochen Cornelius-Bundschuh

Was dem Frieden dient

In Kriegszeiten wächst der Druck sich zu entscheiden: *Which side are you on?* Woran richten wir uns aus: „Nie wieder Krieg!“ oder „Nie wieder Faschismus!“? Klar ist: Der Bruch des Völkerrechts und die brutale Missachtung der Menschenrechte durch Russland dürfen keinen Erfolg haben. Aber klar ist auch: Die militärische Gewalt bringt jeden Tag neuen Tod und Zerstörung und schafft keinen Frieden. Wie kann evangelische Friedensethik sich in diesem Dilemma positionieren? Meine sieben Impulse berücksichtigen besonders die beiden Dokumente, mit denen die Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Karlsruhe zum Frieden Stellung genommen hat.

Der Glaube macht Mut zum Innehalten und stellt uns in Gottes Friedensbewegung.

„Wenn doch auch du an diesem Tag erkannt hättest, was zum Frieden dient! Jetzt aber bleibt es vor deinen Augen verborgen.“ (Lukas 19, 42) Dieser Bibelvers steht über der Abschlusserklärung in Karlsruhe zum Frieden: „The Things That Make For Peace: Moving the World to Reconciliation and Unity“. Er ruft die Gefühle von Kummer, Verzweiflung und Ohnmacht auf, die uns seit dem 24. Februar 2022 begleiten.

Wir halten inne. Wir nehmen die Schrecken der Kriege wahr und schauen nicht weg. Wir reden sie nicht mit unseren jeweiligen Argumenten „gut“. Wir stellen uns unserem Kummer und unseren widerstrebenden Argumenten und Gefühlen.

Innehalten dient dem Frieden. Weil es uns hilft, uns nicht von der Angst oder der Logik von Macht und Gewalt treiben zu lassen. Weil es uns ermöglicht, unsere eigenen Grenzen wahrzunehmen: Wir haben die Zukunft nicht in unserer Hand. Wir gestalten sie mit: mit allen unseren Mitgeschöpfen, selbst mit denen, die wir als Feinde erleben. Innehalten schafft einen Zeitraum, in dem wir danach schauen, „was vor unseren Augen verborgen ist“, wo wir den Unfrieden gestärkt haben und wo wir schuldig werden. Innehalten gibt aber auch Mut und neue Kraft.

Der Glaube ist realistisch: Er schaut auf die Konflikte unter einer umfassenden und globalen Perspektive.

Er benennt das Unrecht und die Verantwortung von Personen und Strukturen.

Der Weltrat der Kirchen bezeichnet den russischen Überfall auf die Ukraine als illegal und nicht zu rechtfertigen: Er bringt unsägliches Leid über die Menschen in der Ukraine, aber auch über Familien in Russland; er zerstört langjährige, gewachsene Beziehungen und vertieft die Gegensätze in der Region. Er verstärkt die globale Konfrontation, erhöht die Ernährungsrisiken in vielen Ländern und führt zu wirtschaftlicher und politischer Instabilität weltweit.

Mit dem Satz: „War is no option!“ hat Prof. Azza Karam, Generalsekretärin von Religions for Peace, die grundsätzliche Absage an die Institution Krieg in ihrem Grußwort vor der Vollversammlung auf den Punkt gebracht. Diese Absage hat die Arbeit des Weltrates der Kirchen seit 1948 bestimmt; die Abschlusserklärung aus Karlsruhe bekräftigt sie noch einmal: Krieg widerspricht dem Willen Gottes! Das Zitat „Die Richtung ...“ finde ich eigentlich sehr prägnant; aber es muss nicht sein.

Der Ruf an die Kirchen, Frieden zu stiften und für wechselseitige Verständigung einzutreten, stößt an Grenzen, wenn Kirchen in ihren jeweiligen Kontexten gefangen sind. Wir gehören zuerst zu Christus; erst dann sind wir Teil unserer jeweiligen Kultur! Diese Wahrheit schulden wir einander.

Das Wort der Kirchen der Welt hat mit seiner Absage an die Institution Krieg seit 1948 wenig erreicht. Das liegt auch daran, dass sich Kirchen in politischen Auseinandersetzungen auf die Seite ziehen lassen, mit deren Macht und Einfluss sie verbunden sind.

Der WCC hat jede Instrumentalisierung des Glaubens durch Staaten wie Kirchen scharf zurückgewiesen. Er hat den Positionen der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) klar widersprochen und sie zur Umkehr gerufen. Praktisch hat er dafür gesorgt, dass Teilnehmende aus der Ukraine bei der Vollversammlung laut und deutlich zu Wort kamen. Aber er hat die ROK auch nicht ausgeladen. Der Dialog und das Ringen um eine wechselseitige Verständigung sind zentral für den Friedensauftrag der Kirchen. Wir gehören als Kirchen mit un-



seren Differenzen in einen Leib Christi zusammen. Wir sind füreinander verantwortlich und schulden einander die Wahrheit (Fykse Tveit), u.a. indem wir einander mit der Frage nach unserer jeweiligen kontextuellen Bindung konfrontieren und einander Umkehr zumuten. So können Kirchen eine Plattform bilden für eine Begegnung auch von „Feinden“.

Die Welt sortiert sich im 21. Jahrhundert neu. Die Weltgemeinschaft organisiert sich nicht wieder entlang des alten Ost-West-Konflikts, sondern muss eine neue multipolare Ordnung gestalten, in der Konflikte ohne (militärische) Gewalt ausgetragen werden.

Wer in Karlsruhe über den russischen Überfall auf die Ukraine sprach, begegnete einer globalen Perspektive. Wie gelingt dieser weite Blick, ohne die Konflikte gegeneinander auszuspielen und den Schmerz der einen zu Lasten der anderen zu relativieren?

In einem Interview in der Süddeutschen Zeitung (29.09.2022) wird die jemenitische Friedensnobelpreisträgerin Tawakkol Karman gefragt, ob sie die Ungleichheit schmerzt, mit der die Weltöffentlichkeit auf den Krieg im Jemen und in der Ukraine reagiert. „Ich habe für solche Vergleiche nichts übrig. Die Ukrainer verdienen jede Hilfe, ..., um ihr Land von Putins Truppen zu befreien.“ Zugleich macht Karman deutlich, wie Iran, Saudi-Arabien und andere Länder den Jemen zu ihrer Beute machen und verhindern, dass die Menschen dort ihre Zukunft selbstbewusst und frei gestalten können. Die Menschen im globalen Süden erleben: „Die Weltgemeinschaft unterstützt Tyrannen in der arabischen Welt, in Afrika und Latein-Amerika – ganz ähnlich wie Russland und China es tun.“ Der Nachsatz zeigt, dass Karman unter „Weltgemeinschaft“ die westlichen Staaten versteht, die sie zu oft in einer „Komplizenschaft mit den Diktatoren“ sieht, die die Menschenrechte verachten und ihre ökonomischen und politischen Interessen auf Kosten der Armen in den Ländern des globalen Südens durchsetzen.

Mir hilft dieses Interview zu verstehen, warum die weitaus größte Zahl der Staaten in der UN-Vollversammlung den russischen Überfall und die russische Annexion ukrainischer Gebiete ablehnen, sich deswegen aber nicht gleich dem westlichen Bündnis anschließen. Sie sind skeptisch gegenüber allen (drei, vier, ...) Groß-Mächten: Zu oft hat auch der Westen völkerrechtswidrig interve-

niert; zu oft ging es auch ihm eher um Machterhalt oder -gewinn als um „eine entschiedene Haltung“ angesichts von Unterdrückung und Ungerechtigkeit; zu deutlich verbinden sich mit der Unterstützung der Ukraine durch Militärhilfe und der Bereitschaft dafür, enorme finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, eigene Machtinteressen. Die Entscheidung der wirtschaftlich stärksten Länder, 2% ihres BiP für Rüstung auszugeben, signalisiert dem globalen Süden auch: „Wir sichern unsere ökonomische und politische Macht zukünftig verstärkt militärisch!“

Wollen „wir im Westen“ glaubwürdiger werden und gemeinsam mit den Menschen aus dem Süden eine gerechte und friedliche Zukunft gestalten, müssen wir umkehren und Jesajas Erkenntnis zum Ausgangspunkt unseres Handelns machen: Frieden ist im Kern die Frucht der Gerechtigkeit (Jesaja 32,17). Militärisches Handeln kann höchstens helfen, Räume für eine gewaltarme, zivilisierte und wertorientierte Außen- und Sicherheitspolitik zu sichern oder zu eröffnen.

Frieden ist die Frucht globaler Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenwürde.

Nur durch die Konzentration auf Gerechtigkeit im umfassenden Sinn lassen sich die Abwärtsspiralen stoppen: Ungleichheit, Ungerechtigkeit und die Zerstörung von Lebenswelten befeuern Kriege und bewaffnete Konflikte. Diese binden Kräfte, die wir dringend gegen den Klimawandel und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen brauchen. Deren Voranschreiten führt zu einer weiteren Verknappung natürlicher Ressourcen wie Wasser, die dann wieder Ausgangspunkt von Konflikten wird.

„True human security and global stability“ sind nicht militärisch, sondern nur auf dem Weg der Gerechtigkeit, der zivilen Verständigung in Konflikten und einer gelebten Mitgeschöpflichkeit zu erreichen. Das heißt konkret: Das 100 Mrd. Euro Sondervermögen wird keine Sicherheit bringen; wir brauchen diese Mittel in einem Fond, der Armut, Ungleichheit und Klimawandel bekämpft und erneuerbare Energien und nachhaltige Entwicklung fördert – und dann in diesem Rahmen auch die Frage stellt, ob und welche militärische Komponente notwendig ist, um als rechtserhaltende Gewalt diesen Weg in einen gerechten Frieden zu sichern.

Die Ukraine hat ein Recht, sich selbst zu verteidigen. Die Staatengemeinschaft hat eine Pflicht, sie dabei zu